Positionen

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **74 (1994)**

Heft 6

PDF erstellt am: **07.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Medienpolitik in der Sackgasse

Keine Konzession für einen ausländischen Fernsehsender. Der Bundesrat hat das Gesuch für ein einstündiges Programmfenster beim erfolgreichsten deutschsprachigen Privatsender RTL abgelehnt. Ist damit die nationale Medienordnung gerettet? Bereits droht neues Ungemach.

Die vier Verleger, deren Konzessionsgesuch abgelehnt wurde, haben ein *Moratorium* für medienpolitische Entscheide gefordert. Sie peilen die auf Departementsstufe zu erteilende Konzession für ein Zürcher Regionalfernsehen an, die ihr grösster Konkurrent im Bereich der Printmedien zusammen mit Lokalradiopionier *Schawinski* anstrebt. Derweil krempelt die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) – unter dem kompensatorischen Druck des für die Medienpolitik zuständigen Departementschefs – ihr erfolgloses, weil überstürzt und konzeptionslos gestartetes und unter internen Machtkämpfen leidendes viertes Programm S Plus um und bietet den Verlegern vermehrte Beteiligungsmöglichkeiten an, allerdings ohne ihren Anspruch auf die Mehrheitsposition auch nur zur Diskussion zu stellen.

Die schweizerische Medienpolitik hat sich in eine Sackgasse manövriert, aus der sie nur schwer wieder hinausfinden wird. Die *Lobbyisten,* die den Bundesrat vor seinem Entscheid massiv «bearbeitet» und dabei publizistische Macht über die Schamgrenze hinaus instrumentalisiert haben, dürften sich noch die Augen reiben; nicht nur die Verlierer, sondern auch die Sieger. Sie führten einerseits den Schutz einer schweizerischen Medienordnung, anderseits stark vorurteilsbehaftete qualitative Argumente ins Feld. Zum eidgenössisch bemäntelten *Protektionismus* haben Schweizer Medienverantwortliche von jeher ein ambivalentes Verhältnis, nicht selten kontrastierten die aufgeklärten wirtschaftspolitischen Kommentare ihrer Journalisten mit einem fast landwirtschaftlichen Selbstverständnis in Medienfragen. Und wenn *die SRG* hochgemut die staatspolitische und kulturpolitische Überlegenheit ihres «service public» gegenüber den «nur» kommerziellen Interessen privater Veranstalter preist, muss sie sich nicht wundern, wenn die alltägliche Realität am Bildschirm und vor dem Lautsprecher zunehmend kritisch nicht nur auf justiziable Fehlleistungen, sondern auch auf ihre Qualität begutachtet wird und dabei dem gestellten Anspruch allzu oft nicht genügt. Es wäre wohl ehrlicher, sich dem internationalen Medienwettbewerb auf allen Ebenen der vielfältigen Publikumsbedürfnisse ohne ständige Berufung auf höhere Werte zu stellen und den Erfolg allein mit Professionalität anzustreben.

Nun sind freilich die hehren Zielsetzungen der schweizerischen Radio- und Fernsehpolitik in der *Bundesverfassung* niedergelegt. Und dem Bund wird darin die gesetzgeberische Verantwortung auferlegt, eine Medienordnung zu schaffen oder zu erhalten, die diesen idealen Vorstellungen entspricht. Daraus bezieht der Bundesrat letztlich die Verpflichtung, sogar für eine einzelne Sendung, die nicht in bestehende Strukturen eingebettet ist, die Bewilligung zu erteilen oder eben nicht. Krasser kann der ordnungspolitische Widersinn des paternalistischen Verfassungsverständnisses, das sich im Radio- und Fernsehartikel von 1984 manifestiert, nicht ad absurdum geführt werden. Aus dem damaligen Bemühen, gleichzeitig eine vorsichtige Liberalisierung des SRG-Monopols in die Wege zu leiten und trotzdem die politische Kontrolle über die elektronischen Medien in der Hand zu behalten, ist der Landesregierung eine Zuständigkeit erwachsen, die sie weder gegenüber den grenzüberschreitenden Marktkräften bei den Anbietern noch gegenüber dem diesen Markt wesentlich mitsteuernden Publikum kompetent und wirkungsvoll wahrnehmen kann. Der negative Konzessionsentscheid wird ohne jeden Zweifel in irgendeiner Form überspielt werden – es fragt sich nur, inwieweit die Schweizer Medienunternehmer dabei eine aktive Rolle spielen können.

Es gälte jetzt, mit der Liberalisierung in bezug auf die Veranstaltung von Medienprogrammen ernst zu machen und die Umsetzung des Verfassungauftrags auf das staats- und kulturpolitisch einzige wirkliche Problem zu konzentrieren, nämlich die Versorgung auch der kleineren Sprachregionen mit Radio- und Fernsehprogrammen. Dazu benötigt man einen Finanzausgleich, aber nicht zwingend eine monu-

mentale Medienorganisation wie die SRG. Das heisst ja nicht, dass man die gewachsenen Strukturen und deren doch beträchtliches Leistungsvermögen mutwillig zerstören soll. Aber man müsste die jetzt entstandene Denkpause nutzen, um den Weg zurück aus der Sackgasse einer mit illusionär wohlklingenden Normen regulierten Medienunordnung zu suchen. ✦

ULRICH PFISTER

BOSNIEN IST WEISS, SOMALIA SCHWARZ

Hintergründe des amerikanischen Unvermögens im Balkankonflikt

Trotz der zunehmend spürbaren isolationistischen Stimmung wird Präsident Clintons Bosnien-Politik stark kritisiert. Seine Zurückhaltung hat vor allem innenpolitische Gründe und Hintergründe.

Zahlreiche Kommentare in den führenden Blättern werfen *Präsident Clinton* Verrat an den Werten der USA und der freien Welt vor. Karikaturen zeigen ihn als Kumpan des Menschenschlächters *Karadzic*. Bereits seinen Vorgänger *George Bush* hatten zahlreiche Intellektuelle scharf unter Beschuss genommen. Er wurde sogar mit jenem amerikanischen Beamten verglichen, der sich im Zweiten Weltkrieg weigerte, die Bahnlinie nach Auschwitz zu bombardieren, weil dabei *«einige alliierte Piloten verlorengehen»* könnten. Es mangelt nicht an Vorwürfen wie: *«Nach Kuwait, wo wir gar nicht hinwollten, da schob er uns hin, aber nach Bosnien, wo wir eingreifen möchten, da geht er nicht!»*

Clinton hatte während der Wahlkampagne versprochen, gegen die Aggressoren einzuschreiten. Nun ist zwar ein Engagement in Bosnien nur eines von mehreren Wahlversprechen, die er nicht eingehalten hat, doch lässt man nicht locker, ihn daran zu erinnern. Selten ist ein US-Präsident, noch dazu ein Demokrat, in der «Washington Post» und in der «New York Times» so beleidigt und der Unmenschlichkeit bezichtigt worden.

Medienwirksame Aufrufe zum militärischen Eingreifen, wie der des ebenso rational argumentierenden wie emotional geladenen Millionärs *George Soros* lassen nicht nach.

Aggression – kein Vergehen mehr?

Das von Regierungssprechern bisweilen halbherzig angeführte Argument, der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien tangiere die US-Interessen nicht, ist ausführlich widerlegt worden. Zum einen weisen die Kritiker darauf hin, dass das, was in Bosnien geschieht, anderswo in der Welt nachgeahmt werden könnte und es zu einer Vielzahl von ethnischen Flurbereinigungen durch morsche Regime kommen wird, die durch derartige Krisensituationen ihr Überleben sicherstellen wollen. Die Straffreiheit für *Milosevic* lässt andere Abenteurer vermuten, auch sie könnten sich jede Form der Unterdrückung und des Völkermords erlauben, und amerikanische Bekenntnisse zur Demokratie und zu den Menschenrechten seien nicht länger ernst zu nehmen.

Zum anderen erinnern Kritiker an die kürzlich wiederholte Warnung *Margaret Thatchers*, dass die Brutalisierung der Bosnier zu einer internationalen Terrorwelle führen müsse. Es brauchen gar nicht Bosnier zu sein, die auf Rache sinnen. Andere Menschen aus aller Herren Länder empören sich so sehr über das den Glaubensbrüdern zugefügte Leid, dass sie zum Terror als Protestmittel greifen.

Ähnlich wie Präsident *Mitterrand* in Frankreich schweigt sich Clinton zur Kritik an seiner Bosnien-Politik aus. Selbst der Rücktritt von bisher vier Beamten des Aussenministeriums, die alle gegen die Passivität ihrer Regierung protestierten, hat den US-Präsidenten nicht zu einer Stellungnahme veranlassen können. Das einzige, was er dazu verlauten lässt, ist, es sei für die USA unangemessen, einen solchen Schritt gegen den Willen der Europäer zu unternehmen.

Immer mehr Menschen in den USA fragen sich, welche Kräfte denn die Regierung davor zurückhalten, gegenüber den führungslosen Europäern eine Position zu beziehen.

Schwarze Haut nicht länger zu Markte tragen

Es gibt einen Grund für das amerikanische Zögern, der in den Medien nicht angesprochen wird, weil er

zu explosiv ist: die Rassenfrage. Umfragen haben ergeben, dass die überwiegende Mehrzahl der Schwarzamerikaner gegen ein Eingreifen in Bosnien ist: *Somalia, yes. Bosnia, no!* Somalia ist schwarz, Bosnien ist Weiss. Die schwarzen GIs wollen nicht länger die Kriege der Weissen ausfechten. Das ist zwar schlechte Politik, psychologisch aber sehr gut verständlich.

Diese Haltung wird von wenigstens sechs afrikanischen Staaten geteilt, angeführt von Simbabwe, und verkörpert wird sie von UN-Generalsekretär *Boutros Ghali*, der zwar kein Schwarzer ist, seinen Posten aber als Vertreter Afrikas erhielt und sich nun verpflichtet fühlt, jener Stimmung Rechnung zu tragen. Dies ist der Grund für seine bisweilen undiplomatischen Äusserungen wie z. B., dass es sich in Bosnien um einen Krieg der Reichen handle, und dass es wenigstens ein Dutzend schlimmere Krisenherde auf der Welt gebe. Genau das bekommt man in Schwarzafrika und bei Schwarzamerikanern zu hören. *«Warum regen Europa und Amerika sich so sehr über Bosnien auf, wo doch die Zustände in Angola noch schlimmer sind?»*

Die schwarzen GIs wollen nicht länger die Kriege der Weissen ausfechten.

Anlässlich der Rassenunruhen von Los Angeles liess sich eine schwarze Politikerin von Rang im Fernsehen noch deutlicher vernehmen: *«Niemand schert sich um die Schwarzen. Unsere Regierung kümmert sich lieber um Kurden und solche Leute!»* (s. *Richard Cohen*, «Blacks Look Abroad», «The Washington Post», 2. November 1993, S. A19.)

Problematisch daran ist, dass niemand mit den Schwarzamerikanern einen Dialog zu diesem Thema führt. Statt dessen hat man sie nach Somalia ziehen lassen, wo viele von ihnen den Schock ihres Lebens bekamen, als sie sich dort nämlich einer wohlgenährten Bevölkerung gegenübersahen und mit Banden, die eine Minderheit ihrer Landsleute systematisch aushungerte. Also keine Naturkatastrophe, wie man ihnen weisgemacht hatte, sondern ein Bürgerkrieg.

Ginge es nicht um eine so blutige Tragödie, dann könnte man die Schwarzamerikaner fast dazu beglückwünschen, dass sie heute ein solches Selbstbewusstsein zur Schau stellen und endlich ihre eigenen Interessen vertreten, statt sich vor den Wagen des weissen Amerika spannen zu lassen. Der 38 Mann starke Black Caucus, die Lobby der Schwarzamerikaner im Kongress, ist in den letzten Jahren zu einer politischen Kraft herangewachsen, die man schon mit der als allmächtig verschrieenen jüdischen Lobby zu vergleichen beginnt – und genau das war ja das Ziel, das Schwarzenführern wie *Malcolm X* vorschwebte. Der Pazifist *Martin Luther King* stellte sich mit aller Kraft gegen den Krieg in Vietnam, sein «Nachfolger» *Jesse Jackson* fordert militärischen Einsatz in Haiti, um Präsident *Aristide* wieder in Amt und Würden einzusetzen. Wenn die Weissen mit zweierlei Mass messen, können das die Schwarzen auch.

Ein aussichtsreicher Kandidat treibt Wahlpolitik

Dennoch wäre diese gegen-rassistische Stimmung kaum zum Zuge gekommen, hätte nicht mit General *Colin Powell* ein Schwarzamerikaner das Amt des Stabschefs der US-Streitkräfte innegehabt. Der erst vor wenigen Monaten aus dem Amt geschiedene Powell hat politische Ambitionen und ist ein Favorit des rechten Flügels der Republikaner, was für einen Schwarzen viel heissen will, zumal er sich parteimässig noch gar nicht festgelegt hat. Auf die Stimmung unter den Schwarzen hat er nie angespielt, hat sie sich aber zunutze gemacht, indem er zum Hauptgegner eines militärischen Eingreifens in Bosnien wurde.

Seine Argumentation zu diesem Thema hätte man jedem anderen verübelt, doch als «schwarzer Musterknabe» besitzt er eine gewisse Narrenfreiheit. So hielt Powell ein Eingreifen in Bosnien für unangebracht, weil es sich um einen jahrhundertealten Konflikt handle. Niemand hat die Gegenfrage gestellt, welcher Konflikt denn nicht uralt sei. Der Rassenkonflikt in den USA ist nicht viel jünger als das Ringen zwischen Bosniern, Serben und Kroaten. Inzwischen ist auch der israelisch-palästinensische Konflikt schon hundert Jahre alt und der arabisch-jüdische zehnmal älter.

Powell äusserte ferner Zweifel daran, dass die Serben die Angreifer, die Bosnier die Angegriffenen seien, d. h., er machte sich die Argumentation von Boutros Ghali zu eigen, die ihrerseits stark vom kanadischen General *Lewis Mackenzie* bestimmt ist, dem ehemaligen Befehlshaber der Uno-Truppen in Bosnien, der heute Gastredner auf Serbentreffen in Kanada und den USA ist. Mackenzie wurde zum Freund Colin Powells.

Kern dieser Argumentation ist, dass es sich nicht um eine serbische Invasion Bosniens handle, sondern um einen Bürgerkrieg, ausgelöst durch die berechtigte Furcht der serbischen Minderheit vor Überfremdung in einem muslimisch dominierten Staat.

Seit über einem Jahr vergeht kaum ein Tag, an welchem in der amerikanischen Presse nicht auf die Fadenscheinigkeit dieser Argumente hingewiesen wird. Führende Köpfe unter den Kommentatoren haben jeden einzelnen Aspekt dieser Problematik immer wieder dargelegt.

Ähnliches gilt für das von Powell gern verwendete Argument, ein militärisches Eingreifen sei wenig erfolgversprechend bzw. erfordere einen stärkeren Einsatz als in Kuwait. Dazu haben Militärexperten aus aller Welt Stellung bezogen, von denen die Mehrzahl dieses Argument als unhaltbar zurückweist. Nicht wenige Experten vertreten sogar die Meinung, ein militärisches Vorgehen gegen die Serben sei relativ unkompliziert und wenig aufwendig.

Auch zu diesem Thema gibt es bereits eine umfangreiche Literatur. Auffällig dabei ist, dass die Warnungen vor einem *«Vietnam-ähnlichen Morast»* jeweils von Militärs kommen, die wie Powell politische Ambitionen haben, wogegen unabhängige Militärs (Fachberater und Generäle im Ruhestand) auf die Unhaltbarkeit jener Argumente hinweisen.

In den USA stehen die militärischen Szenarios kaum noch zur Debatte, man hat sich wundgeschrieben. Die Diskussion dreht sich um die politische Zielsetzung eines eventuellen Eingreifens. Will man für den Kapitulationsplan des erfolglosen «Vermittlers» *David Owen* zu Felde ziehen, oder will man die serbische Aggression rückgängig machen, wie es führende Politiker unterschiedlicher Couleur nach wie vor lautstark fordern?

Wie lange wird Bill Clinton sich taubstumm stellen können? Als Grund dafür reichen weder der innenpolitische Zugzwang noch die oben angeführte Rücksichtnahme auf die Schwarzamerikaner aus, und schon gar nicht die Bedenken wegen Europäern wie *John Major.* Der Oberbefehlshaber der Britischen Rheinarmee, *Sir Charles Guthrie,* der auch für die Truppen in Bosnien zuständig ist, vertritt die Auffassung, der amerikanische Präsident habe dem britischen Ministerpräsidenten gegenüber in die Führungsrolle zu gehen, Clinton aber fehle es an Rückgrat. (In Indien spricht man bereits von Clintonitis.) Tatsächlich dürften aber die Gründe ebensosehr in der Hinterlassenschaft der amerikanischen Jugoslawienpolitik vergangener Jahrzehnte zu suchen sein.

Belgrads Blockfreiheit: US-Waffen für Terroristenstaaten

In der Titozeit wurde Jugoslawien zum Doyen der blockfreien Staaten Asiens und Afrikas, sie kauften hier mit Vorliebe Waffen ein, die sie anderswo nicht bekamen. Das machte sich eine Reihe von amerikanischen Firmen zunutze, die Lizenzen zur Herstellung hochentwickelter Waffen an Belgrad vergaben. Arbeitskräfte waren in Jugoslawien hochqualifiziert und dennoch billig.

Für amerikanische Firmen war das Jugoslawiengeschäft deshalb besonders einträglich, weil Belgrad Waffen an Staaten verkaufte, mit denen die USA auf schlechtem Fuss standen, z. B. Irak, Libyen, Nordkorea und Syrien. Indirekt bezogen jene also amerikanische Waffen, da es sich ja um Lizenzvergaben handelte. Offiziell aber erhielten sie diese Waffen von der blockfreien Brudernation Jugoslawien. Um keinen Verdacht zu erregen, traten viele der über 200 ins Jugoslawiengeschäft verwickelten US-Firmen durch lokale Scheinfirmen auf. Prominent unter diesen Waffenproduzenten waren California Helicopter, International Airco Precision Industries, Radiation Systems Inc., Rockwell International Corporation und Textron Inc.

Nicht wenige Experten vertreten sogar die Meinung, ein militärisches Vorgehen gegen die Serben sei relativ unkompliziert und wenig aufwendig.

Die Waffenproduktion brachte Belgrad zeitweilig drei Milliarden Dollar jährlich ein. Damit lag der Waffenexport als Devisenbringer noch vor dem Tourismus an erster Stelle. Während des irakisch-iranischen Krieges belieferte das blockfreie Jugoslawien beide Seiten.

Am meisten profitierten zwei staatliche Einrichtungen von der amerikanischen Verbindung: Beobanka und Tehnogas. An der Spitze beider stand zeitweilig Slobodan Milosevic. Nach einem Gastspiel als Manager der New Yorker Branche von Beobanka wurde er deren Vorsitzender in Belgrad, und zwar als Protégé von *Milan Panic* und dem damaligen US-Botschafter *Lawrence Eagleburger,* der 1992 für kurze Zeit Aussenminister der USA wurde.

Eine der wichtigsten serbischen Baufirmen, Energoprojekt, erzielte besonders im Irak und in Libyen grosse Gewinne – und ist in Libyen auch weiterhin tätig. Lawrence Eagleburger scheute sich nicht, u. a. als Consultant für Energoprojekt tätig zu sein.

Entscheidend für die Verknüpfung amerikanischer und jugoslawischer Interessen ist eine Gruppe amerikanischer Geschäftsleute serbischer Herkunft, die sich dem gross-serbischen Nationalismus verschrieben haben, ähnlich wie Milan Panic, der lange Zeit zu den Schlüsselfiguren dieser Lobby in den USA gehörte.

Sicher sollte man diesen Einfluss nicht überbewerten, auf jeden Fall aber gibt es in Regierungskreisen Washingtons eine proserbische Tendenz, die hinter der viel geschmähten prokroatischen Tendenz Bonns nicht zurücksteht. Der frühere US-Aussenminister und spätere «Vermittler» im Jugoslawienkonflikt, *Cyrus Vance,* vertrat die Serbieninteressen amerika-

nischer Waffenproduzenten effektiver als die grosse Zahl deutscher Yachtbesitzer in den Adriahäfen, welche die Kroatieninteressen Bonns vertreten.

In früheren Zeiten konnte man von einer jugoslawischen Lobby sprechen, als Kroaten und Serben in der amerikanischen Diaspora noch ein wenig zusammengingen, doch konnte man die sich in Belgrad anbahnende Entwicklung in Los Angeles und anderen Grossstädten der USA im voraus erkennen. Die US-Serben sind zahlenmässig und wirtschaftlich stärker als die US-Kroaten, vor allem verfügen die Serben über stärkeren Einfluss im Getriebe der amerikanischen Politik.

Das gilt in noch stärkerem Masse für Kanada, weshalb die zynische Haltung des ehemaligen UN-Kommandanten General Mackenzie nicht überraschen sollte. Er ist einer der wenigen, die sich offen zu ihrer Parteilichkeit für die «bosnischen Serben» bekennen. Da solch ein Eintreten für Belgrad in der amerikanischen Öffentlichkeit unpopulär ist, beschränken sich proserbische US-Politiker in der Regel auf Widerstand gegen die Befürworter eines militärischen Eingreifens zugunsten Bosniens.

Vergleich mit dem Holocaust

Am weitesten vorgewagt haben sich einige Politiker, welche die Bosnier warnten, sie sollten das Leiden ihres Volkes nicht etwa mit dem Holocaust vergleichen. In solchen Fällen bekamen die Bosnier Rückendeckung seitens jüdischer Amerikaner und deren wichtigster Organisationen wie des American Jewish Committee. *«Was in Bosnien geschieht, ist dem Holocaust vergleichbar»,* lautet deren energisch artikulierte Stellungnahme, die in ganzseitigen Anzeigen in den wichtigsten Tageszeitungen verkündet und offensichtlich von der Mehrheit der Juden in den USA geteilt wird.

In der Tat haben sich Juden emotionaler und wirkungsvoller für die Bosnier eingesetzt als die muslimischen Glaubensbrüder. Sie sind diejenige Bevölkerungsgruppe in den USA, die am entschiedensten für ein militärisches Vorgehen gegen Serbien plädiert. Das verstärkt aber die ablehnende Haltung der Schwarzamerikaner. Juden und Schwarze ziehen immer häufiger an verschiedenen Strängen. Zwar gibt es Initiativen, welche die Gemeinsamkeiten im Leiden dieser beiden Minderheiten heraufbeschwören, gleichzeitig wächst aber auch der Antagonismus, kommt es zu Interessenkonflikten. Gewiss gibt es in Bosnien nur wenige Juden, Schwarze aber gibt es gar keine. ✦

KHALID DURÁN

KHALID DURÁN ist Redaktor der in Irvine, Kalifornien, herausgegebenen Vierteljahreshefte «International Report» und lehrt zurzeit an der Catholic University of America in Washington D.C.

OTELLO UND RUTH BERGHAUS

Bemerkungen zur Aktualisierung von Opernstoffen

Grosse Werke der Literatur, besonders des Theaters oder des Musiktheaters, wirken über die Zeit hin auf Leser oder Hörer, weil ihre Handlung auf allgemein gültigen Situationen beruht: Sie zeigen die Verflechtung menschlicher Schicksale in archetypischen Vernetzungen und Konflikten.

Zum Beispiel *Puccinis* Tosca: Ein Schuft (Scarpia) hat Macht, und er begehrt die Frau (Tosca) eines anderen. Dieser andere (Cavaradossi) ist ein zunächst abseits stehender Feind des Schufts, er ist aber durch schicksalhafte Verknüpfungen in der Lage, einem anderen Feind des Schufts (Angelotti) helfen zu sollen – und weil er ein edler Charakter ist (ein kalo-kagathos), tut er es auch. Der Schuft erfährt es, und der Konflikt ist gegeben: Scarpia erpresst Tosca und gibt vor, Cavaradossi freizugeben, wenn Tosca sich ihm hingibt; aber Scarpia sinnt Betrug, Betrug, der nachwirkt, obwohl Tosca Scarpia tötet. Cavaradossi wird erschossen.

Oder zum Beispiel – wieder Puccini – Madame Butterfly: Eine über die Schranken verschiedener Rassenzugehörigkeit entbrannte Liebesgeschichte scheitert am Widerstand des sozialen Umfeldes des einen Partners und an der sich entwickelnden Abwendung des anderen Partners von der geliebten Person. Das Handlungsschema der Madame Butterfly findet täglich statt.

Archetypische Konflikte – vom Trauma der Gegenwart erdrückt

Muss Tosca in das Deutschland der Nazizeit versetzt werden, um zu uns zu sprechen? Muss Madame Butterfly neu «aktualisiert» werden? Die Antwort kann nur «nein» heissen: Weil die Transposition ins täglich Gegenwärtige den archetypischen Handlungskonflikt trivialisiert und bagatellisiert.

Genau das geschah mit Otello in der Inszenierung von Ruth Berghaus im Zürcher Opernhaus.

Erstens: Das chaotisch verwüstete Bild des Hafens im ersten Akt, mit all den Toten und Verwundeten: Der Zuschauer, der eigentlich ein Zuhörer sein sollte, kommt gar nicht dazu zu hören, wie grossartig die Musik des späten *Verdi* ist und wie schön sie dargeboten wird; er studiert nur, was denn dieses Bühnenbild bedeuten soll, und befürchtet, die Sänger könnten über herumliegende Balken stolpern. Auge und Ohr fokussieren am falschen Ort. Das Chaos verhindert den Zugang zur Musik und zum Geschehen. Die Hauptpersonen pflegen in diesem ersten Akt während der einzigen, noch nicht von Eifersucht zerfurchten Begegnung Verwundete, die hier nichts zu suchen haben. Was soll das?

Zweitens: Im nächsten Akt, in der Schlafsaalszene, vollzieht sich die Handlung auf doppelstöckigen Kasernen-Betten: Hier bringt Ruth Berghaus eine KZ-ähnliche Atmosphäre (z. B. das koordinierte befohlene Aufstehen der Sträflinge), welche mit Verdi nichts, mit Ruth Berghaus' DDR-Erfahrung wahrscheinlich etwas und mit der aktuellen Situation in manchen Ländern heute viel zu tun hat. Frau Berghaus will totalitäre Regime ausserhalb der betroffenen Länder an den Pranger stellen, aufgrund ihrer künstlerischen Tätigkeit im ehemaligen Ostberlin weiss sie: Diktaturen mögen es nicht, wenn sie auf Bühnen oder von Kabarettisten blossgestellt werden und verbieten regimekritische Aufführungen. Der Verfasser erinnert sich an eine Aufführung des *(Schillerschen)* Don Carlos im Berliner Schauspielhaus, die er während des Krieges als Knabe erlebte: In der Szene, in der Marquis Posa zum König sagt: *«Sire, geben Sie Gedankenfreiheit»* brach das Publikum in rasenden Applaus aus – und Don Carlos wurde von den Nazis sofort vom Spielplan abgesetzt.

Ein KZ soll aber doch nicht als Bild in einen Otello eingebaut werden, der nun jahrelang über die Bühne geht. Natürlich gibt es auch heute politische Gefangene. Und natürlich ist das nicht trivial, man verstehe mich recht. Aber den Otello so zu aktualisieren, ist unerträglich: Weil das urtümlich Menschliche der Handlung – die Verknüpfung eines rassistisch bestimmten Machtkampfes mit einer einfachen Eifersuchtssituation – vergraben wird unter der Last eines Traumas der Gegenwart.

Im dritten und vierten Akt ist die Inszenierung – man ist völlig verblüfft – befreit und deshalb (fast) hervorragend.

Warum? Weil dieser geradezu besessen vorgetragene politische Bezug fehlt. Man traut seinen Augen kaum: Frau Berghaus kann nun hervorragend inszenieren: Die strenge Abstraktheit des dritten Akts ist ausgezeichnet und erinnert an eine grossartige *Wieland-Wagner*-Inszenierung des Tristan in den sechziger Jahren in Bayreuth. Das einzig Störende ist das viel zu realistische Zelt im vierten Akt.

Der Berghaussche Otello scheint mir ein eindrückliches Beispiel dafür, dass Inszenierungen, die Probleme heutiger Tagespolitik einbeziehen, sehr fraglich sind. Sie verdecken die Substanz. Abstraktion tut not, gefragt ist nicht konkretisierte, sondern zeitlose Darstellung menschlicher Verstrickungen und der daraus entstehenden Schicksale.

Im Programmheft steht der kluge Text, den *Max Frisch* über den Otello geschrieben hat: *«Das besondere, scheinbar fremde Schicksal eines Mannes wird erlebbar, indem es in einer Leidenschaft gipfelt, die uns bekannt ist.»* Eben: Grosse Kunst macht archetypische Verschränkungen menschlicher Schicksale «erlebbar».

Grosse Kunst ist zeitlos; Ruth Berghaus verzeitlicht, «vergegenwärtigt». Sie erreicht – wie ich vermute – das Gegenteil dessen, was sie zu erreichen versucht. Sie unterliegt einem fast tragischen Irrtum. Nicht das allgemein Gültige ist zu konkretisieren, sondern das Konkrete muss verallgemeinert werden. Abstrahieren vom konkret Fassbaren, gerade um das Darunterliegende «erlebbar» zu machen. Ohne Zweifel: Frau Berghaus könnte es.

Shakespeare würde in Zürich Verdi bewundern und über Frau Berghaus erzürnt sein. ✦

HEINZ ALBERS